



Niedersachsen



Bremen



Hamburg

Antragstellende Person/Antragstellendes Unternehmen:

Name, Vorname oder Unternehmen

Betriebsnummer/Registriernummer

Straße, Nr.

Festnetz- oder Handynummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Bewilligungsstelle _____

Postfach oder Straße, Nr.

PLZ, Ort

Eingangsstempel der Dienststelle

- Antrag auf Aufhebung des Status von umweltsensiblen Dauergrünland und/oder**
- Umwandlung von Dauergrünland in nichtlandwirtschaftliche Nutzung**

Ich/wir beantrage/n für die unten aufgeführten Flächen eine Genehmigung gemäß § 5 Abs. 3 GAP-Konditionalitäten-Gesetz (GAPKondG) zur Umwandlung von Dauergrünland in nichtlandwirtschaftliche Nutzung, ohne dass eine Ersatzfläche angelegt werden muss.

Die Flächen, für die die Anträge gestellt werden, bleiben auch nach der Umwandlung in nichtlandwirtschaftliche Nutzung in meiner/unserer Verfügungsgewalt.

1. Umweltsensibles Dauergrünland, welches nach Genehmigung in nichtlandwirtschaftliche Nutzung umgewandelt werden soll (§ 12 Absatz 6 GAPKondG):

FLIK	Schlag-Nr. GFN, ggf. Reg.-Nr. Bewirtschafter*in	Umwandelndes Dauergrünland (ha)	geplante nichtlandwirtschaftliche Nutzung

Hinweis: Die Ausweisung als „umweltsensibel“ kann für die beantragten Flächen nur aufgehoben werden, wenn Rechtsvorschriften insbes. die §§ 33 und 34 BNatSchG oder Verpflichtungen gegenüber öffentlichen Stellen der beabsichtigten Nutzung nicht entgegenstehen und diese mit den naturschutzrechtlichen Erhaltungszielen des jeweiligen FFH-Gebietes (Richtlinie 92/43/EWG) oder der Vogelschutzgebiete (nach Art. 4 der Richtlinie 2009/147/EG i.d.F. VO (EU) 2019/1010)

vereinbar ist.

Als antragsrelevante Unterlagen kommen bei genehmigungspflichtigen Vorhaben insbesondere bauordnungsrechtliche, naturschutzrechtliche und wasserschutzrechtliche Genehmigungen und bei anzeige- oder sonstigen mitteilungspflichtigen Vorhaben die erforderliche Anzeige in Betracht, aus denen hervorgeht, dass mit der Ausführung begonnen werden darf bzw. dass eine behördliche Untersagung des Projektes oder eine Beschränkung, die die beabsichtigte Nutzung ausschließt, nicht erfolgt.

Soweit sich dieses nicht bereits aus den vorstehend aufgeführten Unterlagen ergibt, ist eine Bescheinigung der zuständigen unteren Naturschutz- bzw. Wasserbehörde beizufügen, aus der hervorgeht, dass der beantragten Umwandlung keine anderen Rechtsvorschriften oder Verpflichtungen gegenüber öffentlichen Stellen im Sinne von § 12 Abs. 6 Nr. 4 GAPKondV entgegenstehen.

2. (Normales) Dauergrünland, welches nach Genehmigung in nichtlandwirtschaftliche Nutzung umgewandelt werden soll, ohne dass eine Ersatzfläche angesät werden muss (§ 5 Abs. 3 GAPKondG):

FLIK	Schlag-Nr. GFN, ggf. Reg.-Nr. Bewirtschafter*in	Umzuwandelndes Dauergrünland (ha)	geplante nichtlandwirtschaftliche Nutzung

3. Allgemeine Hinweise:

Der Antrag auf Aufhebung des Status der Flächen als umweltsensibles Dauergrünland gemäß § 12 Abs. 6 GAPKondG ist zusammen mit dem Antrag auf Genehmigung der Umwandlung des Dauergrünlands in nichtlandwirtschaftliche Nutzung nach § 5 Abs. 3 GAPKondG zu stellen. Wird einer der beiden Anträge abgelehnt, gilt der andere Antrag ebenfalls als abgelehnt.

Die erforderlichen Unterlagen bzw. Nachweise sind als Anlagen beizufügen. Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn die erforderlichen Angaben, die entsprechenden Feldblockkarten mit Einzeichnung der Umwandlungsfläche/n sowie die Erklärungen vollständig sind.

Die Einzeichnung der Flächen muss sehr genau erfolgen, da nicht die numerische Größe, sondern aufgrund der geobasierten Antragstellung die eindeutig bestimmbare Lage in der Fläche und damit die grafische Größe maßgeblich für die Genehmigung ist.

4. Erklärungen:

- Mir/uns ist bekannt, dass die Umwandlung der Dauergrünlandflächen erst nach Erhalt der beantragten Genehmigung durch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen erfolgen darf.
- Mir/uns ist bekannt, dass Umbruch- bzw. Umwandlungsverbote oder Genehmigungsvorbehalte für die Dauergrünlandfläche/n aufgrund anderer Rechtsvorschriften (z.B. Wasser- und Naturschutzrecht) unberührt bleiben. Es ist eine Bescheinigung der zuständigen unteren Naturschutz- bzw. Wasserbehörde beigefügt, aus der hervorgeht, dass der beantragten Umwandlung keine anderen Rechtsvorschriften oder Verpflichtungen gegenüber öffentlichen Stellen im Sinne von § 12 Abs. 6 GAPKondG entgegenstehen.

- Mir/uns ist bekannt, dass durch Aufhebung des Status „umweltsensibles Dauergrünland“ gemäß § 12 Abs. 6 GAPKondG für die betreffenden Flächen z.B. baurechtliche oder naturschutzrechtliche Regelungen der zuständigen Bau-, Naturschutz- oder Wasserbehörden unberührt bleiben.
- Mir/uns ist bekannt, dass Verstöße gegen das Umwandlungsverbot und Auflagen aus der erteilten Genehmigung Bestandteil der Anforderungen der dem Klima- und Umweltschutz förderlichen Landwirtschaftsmethoden sind und somit Kürzungen der EU-Direktzahlungen nach sich ziehen können.

5. Anlagen zum Antrag (Zutreffendes bitte ankreuzen):

Folgende Unterlagen bzw. Nachweise habe ich/haben wir diesem Antrag beigelegt (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- Ausdruck/e der Feldblockkarte/n mit Einzeichnung/en der Fläche/n, für die der Antrag auf Umwandlung gestellt wurde (Anzahl:)
- * die erteilte Baugenehmigung (unter Einbeziehung der FFH-Verträglichkeitsprüfung) oder
- * bei nach Bauordnungsrecht Anzeige- oder sonst mitteilungspflichtigen Vorhaben die Anzeige und dass mit der Ausführung begonnen werden darf,
- * im Falle der Durchführung eines nach § 34 Abs. 6 Nr. 1 Bundesnaturschutzgesetz anzeigepflichtigen Projektes die Anzeige des Betriebsinhabers innerhalb der nach § 34 Abs. 6 Satz 3 des Gesetzes einzuhaltenden Frist und dass diese weder eine behördliche Untersagung des Projektes noch eine Beschränkung, die die beabsichtigte Nutzung ausschließt, erfolgt.
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der unteren Naturschutz- bzw. Wasserbehörde, dass fachrechtliche Verbote der Umwandlung der beantragten Fläche nicht entgegenstehen (§ 3 Abs. 2 Nr. 7 GAPKondV)
- sonst. Begründungen zu Ziffern 1 und 2
- sonstige Unterlagen

*) Nur einzureichen bei Anträgen gemäß Ziffer 1

Datum

Unterschrift der antragsstellenden Person/
der/des Vertretungsberechtigten oder Bevollmächtigten